

# Mitbestimmung, Betriebsräte und Gewerkschaften



Die Grünen betonen die zentrale Rolle von Betriebsräten und Gewerkschaften bei der Vertretung der Interessen der Arbeitnehmer\*innen. Sie setzen sich für eine Stärkung der Sozialpartnerschaft ein, um Mitbestimmungsrechte in allen Branchen zu sichern und auszubauen. Dazu gehören Maßnahmen wie ein effektiver Kündigungsschutz für Betriebsratsmitglieder, die Durchsetzung von Tariflöhnen sowie die Förderung von unbefristeten Arbeitsverträgen, um Beschäftigung langfristig sicherer und fairer zu gestalten.



Die Linke fordert eine erzwingbare Mitbestimmung für Betriebsräte bei der Personalbemessung und der Vorbeugung von Belastungen. Zudem sollen Beschäftigte wöchentliche Beratungszeiten erhalten, um sich über ihre Arbeitsbedingungen auszutauschen.



Der DBSH unterstützt die Stärkung der Betriebsräte, da sie entscheidend für faire Arbeitsbedingungen sind. Ein besserer Kündigungsschutz und die Durchsetzung von Tariflöhnen sind besonders in der Sozialen Arbeit dringend notwendig, um prekäre Beschäftigung einzudämmen und die Arbeitsbedingungen nachhaltig zu verbessern.



Wir unterstützen die Stärkung der Mitbestimmungsrechte der Beschäftigten und die Erhöhung der Transparenz in Bezug auf Arbeitsbedingungen. Durch die erzwingbare Mitbestimmung bei Personalfragen erhalten Betriebsräte einen besseren Einblick in die Arbeitsbelastung und können proaktiv Maßnahmen zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen einleiten. Die regelmäßigen Beratungszeiten fördern den Austausch unter den Beschäftigten und können dazu beitragen, die Hemmschwelle für den Gang zum Betriebsrat zu senken.



Das Bündnis Sahra Wagenknecht (BSW) setzt sich in seinem Wahlprogramm für die Erleichterung von Betriebsratsgründungen ein. Dies soll unter anderem durch einen verbesserten Kündigungsschutz für die Initiator\*innen von Betriebsratswahlen erreicht werden.



Keine explizite Nennung.



Der DBSH begrüßt diese Vorhaben, da sie die Mitbestimmungsrechte der Beschäftigten stärken und zur Demokratisierung der Arbeitswelt beitragen. Ein verbesserter Kündigungsschutz für Initiator\*innen von Betriebsratswahlen ist essenziell, um die Gründung von Betriebsräten zu fördern und Beschäftigte vor möglichen Repressalien zu schützen sowie Arbeitnehmer\*innenrechte durch mehr Betriebsräte zu stärken.



Die SPD plant eine umfassende Reform des Betriebsverfassungsgesetzes, um die Rechte von Betriebsräten in Bereichen wie strategischer Personalplanung, Einsatz von Künstlicher Intelligenz, Gesundheitsschutz und betrieblicher Weiterbildung zu erweitern. Zudem sollen Initiator\*innen von Betriebsratswahlen besser geschützt und die Behinderung solcher Wahlen als Officialdelikt verfolgt werden. Die SPD setzt sich auch für die Schließung rechtlicher Schlupflöcher ein, die zur Umgehung der Mitbestimmung genutzt werden können.



Die Partei plant, die betriebliche Mitbestimmung zu modernisieren, insbesondere durch die Einführung digitaler Formate für Betriebsversammlungen und Online-Betriebsratswahlen. Zudem sollen digitale Zugangsrechte für die Mitbestimmung geschaffen werden, die sich an bestehenden analogen Regelungen orientieren. Die CDU betont ausdrücklich, dass die Gründung von Betriebsräten nicht behindert werden darf.



Die Maßnahmen können die Partizipation der Beschäftigten stärken und zu besseren Arbeitsbedingungen beitragen. Eine erweiterte Mitbestimmung fördert die Transparenz und Gerechtigkeit in betrieblichen Entscheidungsprozessen, was insbesondere für die Soziale Arbeit von Bedeutung ist. Der DBSH unterstützt daher die geplanten Maßnahmen zur Stärkung der Betriebsräte und der Mitbestimmungsrechte.



Die geplanten Modernisierungen der Mitbestimmung und die Betonung der Bedeutung von Betriebsräten sind unterstützenswert. . Allerdings vermisst der DBSH konkrete Maßnahmen zur Stärkung der Tarifbindung und zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen in sozialen Berufen. Die Digitalisierung der Mitbestimmung ist ein wichtiger Schritt, sollte jedoch durch weitere Initiativen ergänzt werden, die die Partizipation und die Rechte der Beschäftigten in allen Sektoren, insbesondere im Sozial- und Erziehungsdienst, stärken